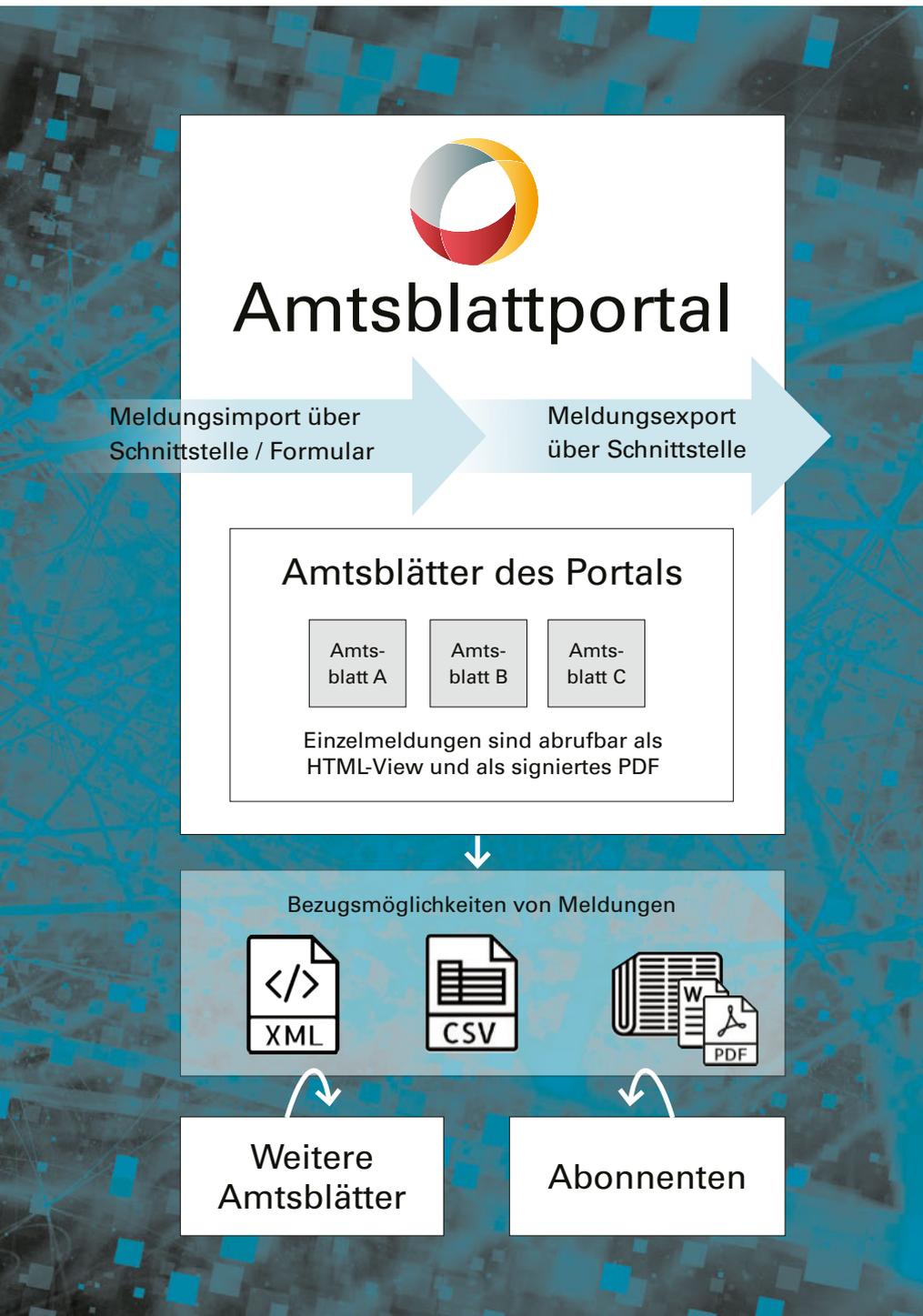


Amtliches im digitalen Wandel: Klicken statt Blättern

Die Digitalisierung fordert Kantone und Gemeinden, die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern wandelt sich. Dienstleistungen wandern ins Internet ab. Auch der Schweizerische Gemeindeverband unterstützt neue Lösungen.



Die gedruckten Amtsblätter der Kantone und Gemeinden verschwinden allmählich aus den Schweizer Haushalten. Immer mehr Kantone und Gemeinden digitalisieren ihre amtlichen Mitteilungen. Hauptgrund sind tiefere Kosten. Einer der ersten Kantone, der diesen Schritt gemacht hat, ist der Kanton Aargau. Er verzichtet bereits seit acht Jahren auf eine gedruckte Version des Amtsblattes und veröffentlicht seine Mitteilungen inzwischen auf einer komplett digitalen Plattform.

Auch im Kanton St. Gallen erscheinen die amtlichen Publikationen nicht mehr in gedruckter Form. Mit Inkrafttreten des neuen Publikationsgesetzes am 1. Juni 2019 hat der Kanton den Wechsel vom gedruckten Format zur rechtsverbindlich elektronischen Publikation vollzogen. Die Nutzung der Plattform ist individuell steuerbar und kostenlos, Interessierte können sich Mitteilungen verschiedener Bereiche abonnieren.

Publikationsplattformen von Samedia und CH Media

Sowohl der Kanton Aargau als auch St. Gallen nutzen für ihr elektronisches Amtsblatt die digitale Plattform «DIAM» von Samedia Production. Das zum Bündner Verlagshaus Samedia gehörende Unternehmen hat die Publikationsplattform zusammen mit dem Kanton Graubünden aufgebaut. In Graubünden ist sie seit 2016 im Einsatz und hat dort ebenfalls das gedruckte kantonale Amtsblatt abgelöst. Gemeinden wie jene in St. Gallen können die Plattform des Kantons für die Veröffentlichung ihrer Mitteilungen nutzen. Ihnen steht es frei, ob sie parallel dazu ihre Publikationsorgane wie Lokalzeitungen oder das gemeindeeigene Mitteilungsblatt weiterführen wollen.

Das Verlagshaus CH Media wiederum hat in Zusammenarbeit mit den 14 Gemeinden des Bezirks Affoltern (ZH) die Plattform amtliche-nachrichten.ch entwickelt; sie wird seit einem guten Jahr genutzt.

Das Amtsblattportal des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) wird bereits von verschiedenen Kantonen genutzt. Der Schweizerische Gemeindeverband engagiert sich dafür, dass künftig auch Gemeinden die SECO-Plattform nutzen können. Grafik: MR/Quelle: SECO

SECO-Plattform Amtsblattportal.ch: SGV will Zugang für Gemeinden

Es gibt noch weitere Kantone, die ihre amtlichen Publikationen nur noch im Internet veröffentlichen, beispielsweise Zürich, Bern, Basel-Stadt und ab Mitte dieses Jahres auch Appenzell-Ausser rhoden. Sie alle verwenden die Plattform Amtsblattportal.ch, welches das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) als Publikationscenter für das Schweizerische Handelsamtsblatt SHAB entwickelt hat. Da die drei Staatsebenen viele amtliche Publikationen gemeinsam bzw. parallel publizieren, ist die Idee entstanden, dass auch Kantone und Gemeinden von dieser betriebs- und rechtssicheren Plattform profitieren können. Das Synergiepotenzial ist gross. Der Kanton Zürich, der als erster Kanton sein Amtsblatt über das SECO-Portal veröffentlichte, arbeitet daran, über ein neues Publikationsorgan den Zürcher Gemeinden Zugang auf das Amtsblattportal zu ermöglichen. Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) will seinerseits als Realisator für die Gemeinden funktionieren, indem er die Trägerschaft für diese neue Plattform übernimmt. Das entsprechende Projekt befindet sich in Umsetzung.

Kritische Stimmen

Der Wechsel zum E-Amtsblatt ist nicht immer unumstritten. Im Kanton Zürich beispielsweise hatte er juristische Folgen. Ein Kantonsrat und die Zürcher Sektion des VCS reichten Beschwerde ein. Sie waren der Meinung, die Neuerung würde ältere Menschen, die keinen Internetanschluss besitzen, diskriminieren. Das Bundesgericht wies die Beschwerde jedoch ab. In St. Gallen kam es diesbezüglich zu einem Vorstoss im Kantonsrat. Es gebe Gemeinden, die nur noch das elektronische Format für ihre amtlichen Publikationen wählten, stellte ein Kantonsrat fest. Damit würden sie ihre Informationspflicht verletzen, da es weiterhin viele Bevölkerungsgruppen gebe, die die elektronischen Medien nicht nutzen könnten oder wollten. Die Regierung sah es weniger dramatisch. Vorschriften, wo und wie die Gemeinden ihre Publikationen veröffentlichen müssen, lehne sie ab.

Auch gegen die SECO-Plattform wurde Kritik laut: Sie kommt aus dem Kanton Graubünden, wo die Plattform der Somedia betrieben wird. Der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas wirft dem SECO in zwei Interpellationen vor, bereits etablierte Private dank «wettbewerbsverzerrender Vorteile» aus dem Markt zu drängen. Der Bundesrat entgegnet, dass das SECO bewusst ein von der Privatwirtschaft entwickeltes Produkt

gesucht und auch beschafft habe, und zwar noch vor der Inbetriebnahme der Diam-Lösung von Somedia, im Juli 2015. Die Somedia selber habe sich seinerzeit nicht um die WTO-Ausschreibung des SECO beworben. Zudem sei es jedem Kanton überlassen, mit welchen Partnern er die Herausgabe der kantonalen Amtsblätter sicherstelle. Gemäss dem E-Government-Grundsatz «einmal entwickeln – mehrfach nutzen» werde die Anwendung den interessierten Kantonen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt. Damit, so der Bundesrat weiter, werde die rechtlich vorgeschriebene Herausgabe der Amtsblätter zu kosteneffizienten Konditionen sichergestellt. Die Herausgabe der Amtsblätter könne von den Kantonen an Dritte delegiert und mit einer sogenannten Instanz-Vergabe beschafft werden. Diese sei nicht per se verboten, und der Bundesrat könne den Kantonen auch nicht vorschreiben, darauf zu verzichten. Das Gleiche gilt auch für die Gemeinden.

Weniger Berichte über Lokales, weniger Wahlbeteiligung

Das elektronische Amtsblatt ist nur eine von vielen Dienstleistungen der Kantone und Gemeinden, die ins Internet abwandern. Und es zeigt auch, wie sich die Behördenkommunikation in Zeiten der Digitalisierung verändert. «Früher wurde einseitig kommuniziert, seitens der Gemeinde», sagte Lineo Devecchi an der Ostschweizer Gemeindetagung im vergangenen Herbst. Der Co-Leiter des Ostschweizer Zentrums für Gemeinden der Fachhochschule St. Gallen ergänzt: «Heute sind die Bürgerinnen und Bürger aufgrund von Social Media nicht nur Empfängerinnen und Empfänger, sondern auch Senderinnen und Sender.» Für die Gemeinden ist der digitale Wandel eine Herausforderung: Immer mehr Medienhäuser legen ihre Lokalredaktionen zusammen, immer weniger wird über lokalpolitische Themen berichtet. Die Zahl der Leserinnen und Leser sinkt. Eine Folge davon: Die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene geht zurück. Dies hat Daniel Kübler, Professor für Demokratieforschung an der Universität Zürich, in seiner Studie von 2018 belegt. Er hatte 408 Gemeinden in sechs Schweizer Agglomerationen untersucht und herausgefunden, dass die Wahlbeteiligung abnimmt, wenn durch die Einstellung und Zusammenlegung von Regionalzeitungen weniger über Gemeinden berichtet wird.

Um die Lücke in der Lokalberichterstattung zu füllen, geben einige Gemeinden eigene Zeitungen heraus. Dies ist gemäss Kübler aber nur eine von drei Mög-

lichkeiten, die Gemeinden haben. Sie könnten auch gemeinsam unabhängige Stiftungen wie die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG gründen und dadurch ein unabhängiges Medium finanzieren oder auf das Potenzial der Digitalisierung setzen und dieses gezielt nutzen.

Externes Newsroom-Angebot oder innovative Dorfzeitung

Eine Möglichkeit könnte hier der von Somedia Production geplante «Newsroom für Dritte» sein. Das Unternehmen bietet seinen Kunden wie der öffentlichen Hand, Verbänden und KMU, die keine eigene Medienstelle haben, an, sämtliche von ihnen gewünschte Kommunikationskanäle mit redaktionell aufbereiteten Themen zu bespielen.

Das Beispiel einer anderen Lösung ist die «Tüüfner Poscht». Die Dorfzeitung in der Gemeinde Teufen, Appenzell Ausserrhoden, wurde 1995 von Privaten lanciert. Das Redaktionsteam besteht aus einem Chefredaktor und sechs freischaffenden Mitarbeitenden. Die Gemeinde unterstützt die Zeitung jährlich mit einem Betrag von 140000 Franken, was rund einem Drittel der Kosten entspricht. Den Rest generiert die Zeitung aus Inseraten. An der Ostschweizer Gemeindetagung sagte der Chefredaktor, was es für den Erfolg einer «unabhängigen» Dorfzeitung braucht: Eine auf die Gemeinde beschränkte Themenwahl, redaktionelle Unabhängigkeit, eine Kennzeichnung der eigenen Berichte und der Gastbeiträge sowie den Mut Leserinnen und Lesern auch «harte» Geschichten wie einen ausführlichen Artikel über einen Zonenplan zuzutrauen.

Marion Loher
Mitarbeit: Denise Lachat



Lokaljournalismus: Diese Dorfzeitung wird von der Gemeinde mitfinanziert. Bild: zvg.